

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

hiermit berichte aus dem Februarplenum. Auf der Agenda standen z. B. eine aktuelle Stunde zum Thema „Wasserstoff“, bei der es genauer um den Klimaschutz und eine Wasserstoffstrategie für Niedersachsen ging, die Sicherstellung der Meisterprämie in Höhe von 4.000 € für das erfolgreiche Absolvieren der Meisterprüfung zur Erhöhung der Attraktivität der

beruflichen Weiterbildung auch über 2019 hinaus, und die Förderung der regionalen und direkten Vermarktung. Über den Ausbau dieser Förderung, über die Absicherung unserer hauptamtlichen und ehrenamtlichen Einsatzkräfte sowie über die Forderung der FDP nach einer Wolfsverordnung möchte ich in dieser Ausgabe genauer berichten. In den kommen-

den Wochen bringen wir endlich ein neues Wassergesetz in die Beratung. Ebenso arbeiten wir an einem Klimaschutzgesetz und werden den Klimaschutz in unserer Landesverfassung verankern.

Ihr und Euer



Förderung der Direktvermarktung

Erfreulicher Weise steigt das Verbraucherinteresse an tierwohlfördernden Haltungsbedingungen und regionaler Produktion immer weiter an. Es sollte uns nicht egal sein, wo und wie unsere Lebensmittel erzeugt werden! Müssen wir z. B. das ganze Jahr über Erdbeeren aus Spanien essen, die dort oftmals durch Ausbeutung von Mensch und Natur produziert werden? Auch viele Landwirte dort können bei den niedrigen Preisen nicht mehr überleben. In Niedersachsen haben in den letzten 17 Jahren über 27.000 landwirtschaftliche Betriebe ihren Betrieb eingestellt. Davon sind insbesondere strukturell benachteiligte Höfe betroffen. Die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von unter 100 ha ist um rund 51 % zurückgegangen, bei Betrieben mit unter 5 ha sogar um rund 82 %. Gleichzeitig ist die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von über 100 ha im gleichen Zeitraum um knapp 57 % gestiegen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Anzuführen sind z. B. die Frage der Hofnachfolge und die vielen notwendigen Vorgaben zur Tierhaltung sowie zur Ackerbewirtschaftung, um das Tierwohl, das Grundwasser und den Boden zu verbessern und die faunistische Vielfalt zu erhalten. Besonders kleinere Betriebe haben größte Schwierigkeiten das alles umzusetzen. Deshalb haben wir mehrere Maßnahmen beschlossen, die unsere Landwirte noch stärker bei der regionalen und direkten Vermarktung unterstützen und fördern sollen, damit sie höhere Gewinnmargen erzielen können und dadurch ihre Betriebe unabhängiger machen. Die bereits vorhandenen Beratungsangebote zu Förderprogrammen, bei-

spielsweise zum Aufbau und zur Entwicklung regionaler Vermarktungsstrukturen, zur Investitionsförderung oder zur Absatzförderung, wollen wir weiter ausbauen, während bürokratische Hürden bei der Direktvermarktung weichen sollen. Wir wollen die Betriebe nun auch stärker bei lebensmittelrechtlichen Fragen und rund um Kennzeichnungsanforderungen begleiten und den Zusammenschluss zu regionalen Liefergemeinschaften und Netzwerken fördern. Kennen Sie z. B. schon die „Service vom Hof“-App? Ein Blick auf www.service-vom-hof.de lohnt sich!

Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!

Leider werden Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte während ihrer Tätigkeit immer häufiger Opfer von Beleidigungen, Übergriffen und auch Gewalt. Diese Straftaten gegen unser Gemeinwesen müssen konsequent angezeigt werden und unsere Einsatzkräfte dürfen dann vor Gericht nicht alleine gelassen werden. Damit unsere ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen auf „Augenhöhe“ aussagen können, haben SPD und CDU einen Entschließungsantrag in die erste Beratung gebracht, mit dem wir die gute Idee des Bundestages für einen „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ unterstützen. Unser Ziel ist es, zusammen mit den niedersächsischen Hilfsorganisationen aktiv an der praxisingerechten und unbürokratischen Gestaltung der Richtlinie mitzuwirken und diese im Anschluss auch bei unseren Helfern bekannt zu machen. Ob unterschiedliche Regelungen für hauptamtlich und ehrenamtlich Tätige notwendig sind und inwieweit sich die Bundesländer an dem Fonds beteiligen sollten, wollen wir prüfen. Die gute Idee des Rechtsschutzfonds muss nun mit Leben ge-

füllt werden.

Umgang mit dem Wolf

Am Freitag haben wir über eine von der FDP-Fraktion eingebrachte Wolfsverordnung debattiert, mit der sie den Weg frei machen will, den Wolf in Niedersachsen zu bejagen und zu vergrämen. Als Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zum Thema Wolf habe ich dazu eine Stellungnahme abgegeben. Ein solcher Antrag bzw. eine derart ausformulierte Verordnung ist in der aktuellen Lage rechtlich nicht haltbar und trägt unnötig zu einer weiteren emotionalen und verbalen Aufrüstung bei. Schon jetzt feinden sich Wolfsgegner und Wolfsbefürworter oft hysterisch oder romantisiert an. Unsere ehrenamtlich tätigen Wolfsberater sind Bedrohungen beider Seiten ausgesetzt. Wo bleibt da die notwendige Wertschätzung? Statt zu polarisieren müssen wir die Debatte endlich wieder sachlich führen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Fakten: In Deutschland ist noch kein einziger Mensch von einem Wolf angegriffen worden. Der Wolf gehört immer noch zu einer der am meisten bedrohten Tierarten in Europa. Eine Wolfsverordnung darf nicht rein wirtschaftlich orientiert sein und wir brauchen dafür vor allem zunächst einmal einen verlässlichen Rechtsrahmen aus Brüssel und Berlin. Dafür macht sich Umweltminister Olaf Lies bereits stark. Wenn das geklärt ist, können wir über eine den heutigen Bedingungen Rechnung tragende Verordnung reden. Die Landesregierung hat selbstverständlich ein Interesse daran die aufgetretenen Probleme zu lösen, allerdings nur auf rechtlicher Grundlage sowie sachlich und fachlich korrekt formuliert. Meine vollständige Rede ist auf meiner Webseite abrufbar.